

Zusammenfassung der Bestandsaufnahme im Rahmen der Studie

ENGAGEMENTFÖRDERUNG IN OSTDEUTSCHLAND

Holger Krimmer | Stefan Bischoff | Birthe Tahmaz | Thomas Gensicke



Gefördert durch:



DEUTSCHE STIFTUNG
FÜR ENGAGEMENT
UND EHRENAME

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Stiftung Bürger für Bürger
Bernburger Straße 4
06108 Halle (Saale)

AUTORINNEN UND AUTOREN

Datenanalyse FWS 2014 und ZiviZ 2017
Dr. Holger Krimmer, ZiviZ gGmbH im Stifterverband

Datenanalyse zum Engagementatlas 2015
Stefan Bischoff, BONUSNORM e.V.

Länderporträts Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt
Dr. Birthe Tahmaz, ZiviZ gGmbH

Länderporträts Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen
Dr. Thomas Gensicke, Gensicke Sozialforschung München

PROJEKTLEITER

Olaf Ebert, Stiftung Bürger für Bürger
T 0345 688 93 757
www.buerger-fuer-buerger.de

TITELBILD

Orbon Alija / iStock by Getty Images

SATZ UND GESTALTUNG

Heilmeyer und Sernau Gestaltung, Berlin

Ein Projekt der

in Zusammenarbeit mit

gefördert von

**BÜRGER
FÜR
BÜRGER**
Stiftung Bürger für Bürger

 ZIVILGESELLSCHAFT
IN ZAHLEN **ZIVIZ**

 DEUTSCHE STIFTUNG
**FÜR ENGAGEMENT
UND EHRENAMT**

INHALT

01	AUSGANGSLAGE UND HINTERGRUND DER STUDIE _____	02
02	ABSTRACT DER AUSWERTUNG DES FREIWILLIGENSURVEYS 2014 _____	03
03	ABSTRACT DER AUSWERTUNG DES ZIVIZ-SURVEY 2017 _____	04
04	ENGAGEMENTFÖRDERNDE INFRASTRUKTUREN IN OSTDEUTSCHLAND ____	05
05	SEKUNDÄRAUSWERTUNG DER EMPIRISCHEN BEFRAGUNG ENGAGEMENTATLAS 2015 _____	07
06	LÄNDERPORTRÄTS ZU ENGAGEMENTFÖRDERUNG _____	09
07	AUSBLICK _____	13

01

AUSGANGSLAGE UND HINTERGRUND

In der aktuellen Coronakrise werden die Bedeutung von Zivilgesellschaft, bürgerschaftlichem Engagement und gesellschaftlichem Zusammenhalt besonders spürbar. Gleichwohl sind die Auswirkungen der Krise noch nicht abschätzbar: Einerseits wurden die infrastrukturellen Grundlagen unserer Gesellschaft und damit die Kernlogik zivilgesellschaftlichen Handelns lahmgelegt; andererseits kommt es vor Ort zu ungeahnter Kreativität, Solidarität und Hilfsbereitschaft, neuen Kooperationen und spontanem Engagement zur Linderung der in der Krise entstandenen Notlagen. In Ostdeutschland wird dies besonders spürbar. Hier gibt es laut Freiwilligensurvey viel Engagementbereitschaft, aber eine vergleichsweise niedrige Engagementquote, die in Krisenzeiten deutlich steigt.

Die Zivilgesellschaft in Ostdeutschland hat sich – anders als die westdeutsche – nach 1990 weitgehend neu entwickelt. Einerseits klagen insbesondere die aus Westdeutschland übertragenen traditionellen Verbände und viele nach der Wende neu gegründeten Vereine über einen Rückgang des Ehrenamtes und müssen ihre Engagement-Aktivitäten teilweise einstellen oder auf bezahlte Kräfte umstellen; andererseits entstehen vielerorts neue junge Vereine und Initiativen, die projekt-, themen- und anlassbezogen eine wachsende Zahl freiwillig Engagierter gewinnen. In der aktuellen Krise ist die Engagementbereitschaft besonders hoch, während die Möglichkeiten Spontanhilfe zu leisten aufgrund der Eindämmungsverordnungen sehr eingeschränkt sind und dadurch neue digitale Engagementformen und -strukturen entstehen.

In einer Studie sollen die Entwicklungen des Engagements in Ostdeutschland und ihre engagementfördernden Rahmenbedingungen analysiert sowie Handlungsempfehlungen entwickelt werden. Die Studie wird von ZiviZ im Stifterverband und weiteren Experten im Auftrag der Stiftung Bürger für Bürger durchgeführt und von der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) gefördert. In einer ersten Analysephase wurde mit Unterstützung der DSEE im 4. Quartal 2020 eine Bestandsaufnahme der Infrastruktur zur Engagementförderung in Ostdeutschland erarbeitet und mit zentralen Stakeholdern im Rahmen eines Fachbeirates begonnen, die bestehenden Strukturen und Rahmenbedingungen zur Engagementförderung in Ostdeutschland zu analysieren. Die wesentlichen Ergebnisse sind im Folgenden zusammengefasst und werden 2021 weiter vertieft, reflektiert und ergänzt.

02

AUSWERTUNG DES FREIWILLIGENSURVEYS 2014 ZU OSTDEUTSCHLAND

Die Auswertung der Daten des Freiwilligensurveys 2014 soll einerseits Unterschiede zwischen der Lage des freiwilligen Engagements von Westdeutschland und Ostdeutschland, andererseits Unterschiede zwischen den fünf ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) näher beleuchten.

Für die Betrachtung der unterschiedlichen Ausprägungen des freiwilligen Engagements ist die Ungleichverteilung urbaner und ländlicher Räume zwischen Ost- und Westdeutschland von großer Bedeutung. Sind 71,8 Prozent aller Engagierten in Westdeutschland in eher urbanen Gebieten engagiert, trifft das nur auf 29,4 Prozent der Engagierten Ostdeutschlands zu. Dafür liegt der Anteil der Engagierten in ländlichen Räumen dort mit 70,6 Prozent auf einem vergleichbaren Wert wie jener der Engagierten in städtischen Gebieten in Westdeutschland. Einzig Sachsen hat mit 54,4 Prozent einen höheren Anteil von befragten Engagierten in urbanen Ballungsräume.

Hinsichtlich der Engagementquote und den Anteilen gemeinschaftlich Aktiver ist es in den letzten 20 Jahren tendenziell zu einer angleichenden Entwicklung zwischen Ost- und Westdeutschland gekommen. Unterschiede in den Bereichen des Engagements zeichnen sich insbesondere beim kirchlichen Engagement ab, das in Ostdeutschland deutlich geringer ausgeprägt ist. Auch das Engagement im sozialen Bereich, also im Kontext von Wohlfahrtsverbänden, ist aufgrund der unterschiedlichen historischen wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungspfade in Ostdeutschland geringer ausgeprägt. Als Organisationsform ist unabhängig von allen regionalen Differenzen der Verein die zentrale Rechtsform.

Mit 67 Prozent verfügen mehr Organisationen in Ostdeutschland über Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für freiwillig Engagierte als in Westdeutschland (63 Prozent). Es ist interessant, dass der Anteil jener, die über eine Kontakt- oder Informationsstelle, also eine engagementfördernde Einrichtung ins Engagement gekommen sind, in Ostdeutschland mit 10,5 Prozent geringfügig über dem Anteil in Westdeutschland (9,4 Prozent) liegt. Dabei zeigt sich eine starke Altersabhängigkeit der Nutzung solcher vermittelten Zugangswege: Mit steigendem Alter nimmt die Häufigkeit zu.

03

AUSWERTUNG DES ZIVIZ-SURVEY 2017 ZU OSTDEUTSCHLAND

Gemessen an der Vereinsdichte je Einwohner in einzelnen Sozialräumen unterscheiden sich die ost- und westdeutsche Zivilgesellschaft nicht voneinander. Die größten Abstände zwischen Bremen (5,6 Vereine je 1.000 Einwohner) und Hamburg (5,5) einerseits und dem Saarland mit 10,4 Vereinen je 1.000 Einwohner liegen quer zum Ost-West Schema. In Ostdeutschland liegen die Werte mit 7,2 (Brandenburg) und 8,8 (Thüringen) näher beieinander.

Die unterschiedlichen Entwicklungspfade im Engagement zwischen ländlichen und urbanen Regionen zeichnen sich auch auf Ebene der Organisationsstrukturen ab. So kam es in Ostdeutschland in den Jahren 2006 bis 2016 zu einer deutlich größeren Anzahl von Vereinsauflösungen. Da dies allerdings, proportional zur Einwohnerzahl, auch für Schleswig-Holstein und Bayern sowie Teile von Mitteldeutschland gilt, liegt nahe, dass als erklärender Faktor nicht ein typisch ost- versus westdeutsches Entwicklungsmuster dargestellt werden kann, sondern die jeweiligen siedlungsstrukturellen Kontexte.

Differenzen in der Zusammensetzung von gemeinnützigen Organisationen nach Bereichen zwischen West und Ost lassen sich teils über die unterschiedlichen politischen Rahmenbedingungen bis 1989 erklären. Vereine in der DDR waren vorwiegend in den Bereichen Sport sowie Freizeit und Geselligkeit tätig. Bis heute hält sich so ein vergleichsweise größerer Anteil von Vereinen im Bereich Freizeit und Geselligkeit in Ostdeutschland. Die Engagementbereiche Bildung und Erziehung, Wissenschaft und Forschung und weitere haben sich hingegen erst nach 1989 entwickeln können und fallen daher auch zahlenmäßig geringer aus.

Innerhalb der ostdeutschen Bundesländer stieg das Engagement vorwiegend in Organisationen in städtischen Regionen. In ländlichen Regionen ist der Anteil von Organisationen, der von einer wachsenden Engagemententwicklung berichtet (18,4 Prozent), kleiner als jener, der eine rückgängigen Entwicklung (19,7 Prozent) beklagt. In urbanen Regionen liegt der Anteil von wachsenden Organisationen (29,9 Prozent) hingegen deutlich über dem mit rückläufigen Engagiertenzahlen (11,9 Prozent). Der Strukturwandel der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland ist geprägt von einem Engagement, das sich zunehmend in städtischen Kontexten abspielt.

04

ENGAGEMENTFÖRDERNDE INFRASTRUKTUREN IN OSTDEUTSCHLAND

Der Generali Engagementatlas 2015 zeigt ein ebenso buntes wie heterogenes Bild Engagement unterstützender Einrichtungen in Deutschland, das einem „Flickenteppich“ gleicht. Rund 3.400 Engagement unterstützende Einrichtungen wurden damals (2013) bundesweit gezählt, darunter 663 Einrichtungen in den ostdeutschen Bundesländern.

Bis 2020 ist die Zahl Engagement unterstützender Einrichtungen in Ostdeutschland auf 715 angewachsen, darunter 238 Soziokulturelle Zentren und 152 Mehrgenerationenhäuser. Sie sind die zahlenmäßig am häufigsten vertretenen Einrichtungstypen und stellen zusammen mehr als die Hälfte sämtlicher Einrichtungen (vgl. Grafik 1, Tabelle 2 im ausführlichen Bericht).

Soziokulturelle Zentren haben seitdem an Zahl und Verbreitung deutlich zugelegt und ihren Anteil an allen Engagement unterstützenden Einrichtungen in Ostdeutschland auf 33 Prozent gesteigert. Relativ stabil geblieben ist die Zahl der Mehrgenerationenhäuser, Selbsthilfekontaktstellen, Mütterzentren und kommunalen Stabsstellen. Eine deutliche Zunahme ist hingegen bei den Bürgerstiftungen zu vermerken, die heute an 43 Standorten in Ostdeutschland vertreten sind (vgl. Grafik 2 im ausführlichen Bericht). Die Zahl der Freiwilligenagenturen sank von 84 auf jetzt 71 Einrichtungen. Lediglich in Mecklenburg-Vorpommern ist eine Zunahme festzustellen. Die Zahl der ostdeutschen Seniorenbüros ging von 69 auf 56 zurück. Besonders betroffen waren Städte und Kreise in Thüringen (vgl. Tabelle 2 im ausführlichen Bericht).

Hinsichtlich der Verbreitung der Einrichtungen in kreisfreien Städten und Landkreisen ist festzustellen, dass Mehrgenerationenhäuser in fast allen Kreisen und kreisfreien Städten vertreten sind (91 Prozent), vor soziokulturellen Zentren (86 Prozent) und Selbsthilfekontaktstellen (89 Prozent). Mit deutlichem Abstand hinsichtlich ihrer Verbreitung in der Fläche, folgen Freiwilligenagenturen, die in fast allen kreisfreien Städten und in deutlich über der Hälfte der Landkreise anzutreffen sind. Ebenfalls mit einigem Abstand reihen sich danach fast gleichauf Bürgerstiftungen (51 Prozent), kommunale Stabsstellen (47 Prozent) und Seniorenbüros (45 Prozent) und ein. Mütterzentren sind lediglich in jeder vierten Gebietskörperschaft beheimatet.

Insgesamt ergeben sich gewisse Ballungen und Häufungen von Einrichtungen in einigen Landesteilen sowie in kreisfreien Städten und Landkreisen. Diese kontrastieren mit „weißen Flecken“ in anderen Regionen. Die Bundesländer und Kreise unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Einrichtungsvielfalt, Einrichtungsdichte und Verbreitung teilweise sehr deutlich (vergleiche ausführlicher Bericht).

Thüringen, das mit rund zwei Millionen Einwohnern nur etwa halb so groß ist wie Sachsen mit rund vier Millionen Einwohnern, nimmt bei der Anzahl der Einrichtungen eine Spitzenstellung ein. Erst an zweiter Stelle folgt mit 174 Einrichtungen das Bundesland Sachsen. Brandenburg behauptet sich in Bezug auf Anzahl der Einrichtungen und Versorgungsdichte auf dem dritten Platz. Es folgen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt.

Eine Detailbetrachtung der Bundesländer und ihrer Landkreise und kreisfreien Städte hinsichtlich Anzahl und Verbreitung der unterschiedlichen Einrichtungstypen erfolgt in den Länderkapiteln im ausführlichen Bericht.

TABELLE 1: ENGAGEMENT UNTERSTÜTZENDE EINRICHTUNGEN IN OSTDEUTSCHLAND NACH BUNDESLÄNDERN UND EINRICHTUNGSTYPEN 2015 UND 2020 IM VERGLEICH

BUNDESLÄNDER		ANZAHL EINRICHTUNGEN								
			FA ¹	SB ¹	SHK ¹	BS ¹	MGH ¹	MZ ¹	SKZ ¹	KS ¹
BRANDENBURG	2015	132	30	10	26	5	30	5	25	1
	2020	155	24	10	24	15	40	6	29	6
MECKLENBURG-VORPOMMERN	2015	84	3	9	9	4	26	2	30	1
	2020	112	9	9	12	5	25	2	43	7
SACHSEN	2015	171	16	23	16	4	40	16	53	3
	2020	174	11	24	16	8	39	16	60	0
SACHSEN-ANHALT	2015	90	20	4	14	5	28	1	18	0
	2020	94	15	3	16	8	23	1	28	0
THÜRINGEN	2015	186	15	23	23	8	33	2	58	24
	2020	178	12	10	23	7	24	2	78	23
GESAMT	2015	663	84	69	88	26	157	26	184	29
	2020	715	71	56	91	43	151	27	238	36

Legende:

¹ Engagement unterstützende Einrichtungen

- » FA: Freiwilligenagenturen
- » SB: Seniorenbüros
- » SHK: Selbsthilfekontaktstellen
- » BS: Bürgerstiftungen
- » MGH: Mehrgenerationenhäuser
- » MZ: Mütter-/Familienzentren
- » SKZ: Soziokulturelle Zentren
- » KS: Ansprechpartner und Stabsstellen für Bürgerengagement in Städten, Gemeinden, Kreisen

Quelle: BONUSNORM e. V., Strukturhebung Engagement unterstützender Einrichtungen in den Neuen Bundesländern 2020

05

AUSWERTUNG DES ENGAGEMENTATLAS 2015 ZU OSTDEUTSCHLAND

Bei der Frage nach Trägerschaft und Rechtsform Engagement unterstützender Einrichtungen wird im Ost-West-Vergleich deutlich, dass weit mehr als die Hälfte der ostdeutschen Anlaufstellen von eigenständigen und eingetragenen Vereinen getragen werden. Für westdeutsche Anlaufstellen ist dies zwar auch die wichtigste Träger-/Rechtsform, jedoch in deutlich geringerem Maße. Im Osten sind Kommunen wesentlich seltener Träger Engagement unterstützender Einrichtungen als im Westen.

In der Gesamtschau der Engagementbereiche treten im Ost-West-Vergleich einige Engagementbereiche merklich hervor. Die Bereiche Freizeit und Geselligkeit, Kultur und Musik sowie außerschulische Jugendarbeit sind für ostdeutsche Einrichtungen bedeutsamere Engagementbereiche als für westdeutsche Anlaufstellen (Grafik 5 und Tabelle 12 im ausführlichen Bericht).

Auch beim Blick auf das Leistungsportfolio Engagement unterstützender Einrichtungen treten im Ost-West-Vergleich in sieben Leistungsbereichen markante Unterschiede zu Tage, die im ausführlichen Bericht erläutert werden.

Ältere sind die mit großem Abstand wichtigste Zielgruppe für die meisten Anlaufstellen. Besonders häufig ist dies bei Seniorenbüros, Mehrgenerationenhäusern und Freiwilligenagenturen der Fall, am geringsten bei den Mütterzentren. Eltern und Alleinerziehende stehen für ostdeutsche Anlaufstellen an zweiter Stelle, dicht gefolgt von Menschen mit Behinderung und Arbeitssuchenden an dritter Stelle. Bei den westdeutschen Einrichtungen rangieren diese Bereiche erst auf den Plätzen drei beziehungsweise sieben.

Die Kooperationen mit anderen Engagement unterstützenden Einrichtungen beschränken sich bei vielen Einrichtungen auf einen engen Kern der Zusammenarbeit. Im Vordergrund stehen der Austausch von Informationen und das Stärken von Netzwerken. Eine Zusammenarbeit, die zeit- und abstimmungsintensiver ist, wie etwa die Entwicklung gemeinsamer Ziele und Strategien, wird deutlich seltener praktiziert. Grund für die ausgeprägte Fokussierung der Zusammenarbeit auf reine Basisleistungen der Netzwerkarbeit sind häufig fehlende

Zeit und das fehlende Personal. Im ländlichen Raum kommen zu große Entfernungen zwischen den Kooperationspartnern hinzu. Unzureichende personelle, finanzielle und qualifikatorische Voraussetzungen sowie mangelhafte Steuerungs- und Koordinationsfunktionen stehen einer verbesserten Potenzialausschöpfung der Zusammenarbeit und Netzwerkarbeit im Bereich der infrastrukturellen Engagementförderung im Wege (Generali Engagementatlas 2015, S. 24/25).

Auch in der Zusammenarbeit mit Unternehmen zeigen sich Kooperationsschwächen. Lediglich jede dritte Einrichtung berichtete über entsprechende Erfahrungen. Dies betraf ost- und westdeutschen Anlaufstellen in sehr ähnlicher Weise.

Die wichtigste Einnahmeform aller Einrichtungen waren kommunale Mittel. Wichtig waren ebenfalls, mit einem gewissen Abstand, die Eigenmittel des Trägers. Dies traf auf Anlaufstellen im Osten wie im Westen gleichermaßen zu. Bei den an dritter und vierter Stelle stehenden Finanzierungsquellen, nämlich Landes- und Bundesmittel, treten Unterschiede zwischen Ost und West deutlich zutage. Die ostdeutschen Einrichtungen bestätigten hier eine deutlich größere Abhängigkeit von Land und Bund als die Anlaufstellen im Westen.

Bei den Einnahmequellen gab es hinsichtlich der Bedeutsamkeit einzelner Einnahmequellen recht große Unterschiede zwischen den Einrichtungstypen. In der Gesamtsicht wurde ein hoher Anteil von öffentlichen Mitteln, genauer gesagt kommunalen Mittel, erkennbar und weniger eine ausgewogene Mischung verschiedener Einnahmequellen.

Fast 71 Prozent der Einrichtungen im Osten berichteten über Schwierigkeiten und Engpässe, aber nur knapp die Hälfte der westdeutschen Anlaufstellen. Besondere Probleme ergaben sich dabei insbesondere für die ostdeutschen Einrichtungen aus dem Rückgang öffentlicher Förderung und ausgelaufener Projektförderung.

Die Leistungsfähigkeit und nachhaltige Sicherung und Weiterentwicklung der lokalen Infrastruktur werden durch personelle und finanzielle Ressourcen der Anlaufstellen wesentlich mitbestimmt. Jede dritte Einrichtung hat ein Gesamtbudget von unter 50.000 Euro im Jahr. Weitere 26 Prozent der Einrichtungen hatten Budgets zwischen 50.000 und 150.000 Euro zur Verfügung. Weniger als ein Viertel arbeiteten mit einem Jahresbudget von mehr als 150.000 Euro.

Diese Verteilung schlägt sich naturgemäß auch in der personellen Leistungsfähigkeit der Anlaufstellen in Form von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihren jeweiligen wöchentlichen Stundenkontingenten nieder. So verfügten rund 60 Prozent der Anlaufstellen über maximal zwei Vollzeit-Personalstellen. Ee niger als ein Drittel der Einrichtungen weist drei und mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf.

06

LÄNDERPORTRÄTS ZUR ENGAGEMENTFÖRDERUNG

Brandenburg

Die Auswertung der Daten des Freiwilligensurveys 2014 soll einerseits Unterschiede zwischen der Lage des freiwilligen Engagements von Westdeutschland und Ostdeutschland, andererseits Unterschiede zwischen den fünf ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) näher beleuchten.

Für die Betrachtung der unterschiedlichen Ausprägungen des freiwilligen Engagements ist die Ungleichverteilung urbaner und ländlicher Räume zwischen Ost- und Westdeutschland von großer Bedeutung. Sind 71,8 Prozent aller Engagierten in Westdeutschland in eher urbanen Gebieten engagiert, trifft das nur auf 29,4 Prozent der Engagierten Ostdeutschlands zu. Dafür liegt der Anteil der Engagierten in ländlichen Räumen dort mit 70,6 Prozent auf einem vergleichbaren Wert wie jener der Engagierten in städtischen Gebieten in Westdeutschland. Einzig Sachsen hat mit 54,4 Prozent einen höheren Anteil von befragten Engagierten in urbanen Ballungsräume.

Hinsichtlich der Engagementquote und den Anteilen gemeinschaftlich Aktiver ist es in den letzten 20 Jahren tendenziell zu einer angleichenden Entwicklung zwischen Ost- und Westdeutschland gekommen. Unterschiede in den Bereichen des Engagements zeichnen sich insbesondere beim kirchlichen Engagement ab, das in Ostdeutschland deutlich geringer ausgeprägt ist. Auch das Engagement im sozialen Bereich, also im Kontext von Wohlfahrtsverbänden, ist aufgrund der unterschiedlichen historischen wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungspfade in Ostdeutschland geringer ausgeprägt. Als Organisationsform ist unabhängig von allen regionalen Differenzen der Verein die zentrale Rechtsform.

Mit 67 Prozent verfügen mehr Organisationen in Ostdeutschland über Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für freiwillig Engagierte in den Organisationen als in Westdeutschland (63 Prozent). Mit Blick auf Fragen der Engagementförderung ist interessant, dass der Anteil jener, die über eine Kontakt- oder Informationsstelle, also eine engagementfördernde Einrichtung ins Engagement gekommen sind, in Ostdeutschland mit 10,5 Prozent geringfügig über dem Anteil in Westdeutschland (9,4 Prozent) liegt. Dabei zeigt sich eine starke Altersabhängigkeit der Nutzung solcher vermittelten Zugangswege: Mit steigendem Alter nimmt die Häufigkeit zu.

Mecklenburg-Vorpommern

Wie in Thüringen ist auch in Mecklenburg-Vorpommern die 2015 gegründete Ehrenamtsstiftung Kern und Kopf der engagementfördernden Infrastruktur. Allerdings teilt sie sich ihre Rolle als Kopf der Ehrenamtsförderung – mehr als in Thüringen – mit der Politik und auch dem federführenden Ministerium. Auch sie genießt den Eigenstatus, aber die Anbindung an die Staatskanzlei birgt durchaus Vorteile. Diese sind im Moment für die engagementfördernde Infrastruktur und ihren Ausbau zweifellos günstig. Die Topbesetzung bei der Leitung der Staatskanzlei im Sinne des Querschnittsthema Engagementförderung ist unverkennbar.

Davon profitiert die Ehrenamtsstiftung wie auch das Sozialministerium, das für die Förderung der MitMachZentralen (MMZ) zuständig ist, die den Kern der engagementfördernden Infrastruktur im Lande, im engeren Sinne des Begriffs, bilden. Gerade werden sie mit viel mehr Mitteln als bisher versehen, aber in ihrer Funktion auch verengt. Jedenfalls erkennt man vor allem den Zweck der MMZ im Management der neuen landesweiten Ehrenamtskarte.

Die Empirie muss es erweisen, ob den neu strukturierten MMZ daneben genügend Zeit bleiben wird, um eine Rolle als landkreisweiter Impulsgeber für ehrenamtliches Engagement zu übernehmen. Das wäre jedenfalls wichtig, denn als Kehrseite einer engagierten zentralen Förderung des Ehrenamtes im Lande erscheint im Moment der zu geringe Einbezug der Kommunen. Die seit der Reform äußerst groß geschnittenen Landkreise gelten der zentralen Politik als zu schwache politische und administrative Größe und so stellt sich auch die weiterführende Frage, wie in Zukunft die dezentrale und basisnahe Infrastruktur der 76 kommunalen Ämter bei der Förderung und Stärkung ehrenamtlichen Engagements stärker zu nutzen wäre.

Sachsen

Klassische Engagementbereiche, die durch stabile Strukturen organisiert sind, prägen auch das Bundesland Sachsen. Grundsätzlich zeichnet sich das Engagement deutlich durch ein nachbarschaftlich- und bewegungsorientiertes informelles Engagement aus. Jedoch fehlt es auf dieser Engagementebene an einfachen Möglichkeiten der Vernetzung.

Das Ministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt ist wesentlicher Knotenpunkt der engagementfördernden Infrastruktur. Das Ehrenamtsförderprogramm „Wir für Sachsen“ gibt Engagierten seit 2006 finanzielle Unterstützung. Ehrenamtlich Tätige können hier über bis zu 40 Euro pro Monat erhalten. Antragsberechtigt sind Träger von Ehrenamtsprojekten, die die Aufwandsentschädigung an ihre Engagierten auszahlen. Der aktuelle Entwurf des Doppelhaushalts 2021/2022 sieht ein Budget von 11 Millionen Euro vor. Die Fördermittel werden von der Sächsischen Aufbaubank (SAB) über die Bürgerstiftung Dresden an die Projektträger ausgereicht.

Die Fachstelle Freiwilligendienste Sachsen „Engagiert dabei“ wurde im Auftrag des sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz im Sinne einer Servicestelle 2012 gegründet. Über Vor-Ort-Besuche, Unterstützungsleistungen und bundesweite Vertretung sächsischer Interessen soll sie die fast 50 Träger in Sachsen unterstützend begleiten.

Mit dem „kommunalen Ehrenamtsbudget“ will das Land über eine stärkere Mitverantwortung der Kommunen das Ehrenamt vor Ort stärken. Landkreise sowie kreisfreie Städte können seit 2018 100.000 Euro pro Jahr vom Land erhalten, um die lokale Bürgergesellschaft zu unterstützen. Die Bilanz dieser neuen Verantwortung fällt gemischt aus. Während einige Landkreise sich stärker mit dieser Rolle identifizieren und die Verwendung der Mittel sinnvoll einsetzen sowie in regem und breitem Kontakt mit den unterschiedlichen Engagierten stehen, sei es in anderen Landkreisen schwierig. Impulse, die den Prozess partizipativer und transparenter machen, wären eine konstruktive Nachsteuerung.

Sachsen-Anhalt

Engagement in Sachsen-Anhalt ist vor allem durch eine kleine Community und ein kleines Förderbudget gekennzeichnet. Dies gestaltet Vernetzung und Austausch unkomplizierter, als in anderen größeren Bundesländern. Doch auch hier prägt die Heterogenität zwischen ländlichen und wenigen großstädtischen sowie strukturstarken und -schwachen Räumen das gemeinnützige Engagement. In den letzten Jahren hat die Landesregierung ihre Unterstützung der engagementfördernden Infrastrukturen weiter ausgebaut und neue Akzente zur Anerkennung des gemeinnützigen Engagements im Kulturbereich gesetzt. Nichtsdestotrotz stehen der Engagementförderung in Sachsen-Anhalt wesentlich weniger Mittel zur Verfügung als anderen größeren und finanzstärkeren Bundesländern.

Aktuell wird eine Engagementstrategie über die „Interministerielle Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement“ (IMAG) entwickelt. Sie soll mit Vertreterinnen und Vertretern der organisierten Zivilgesellschaft und der kommunalen Spitzenverbände in den kommenden Monaten eine Bestandsaufnahme sowie Empfehlungen zur Engagementförderung erarbeiten. 2007 wurde die Engagementplattform des Landes als Informationsstelle für Engagementmöglichkeiten eingerichtet. Sie bietet außerdem Beratung vor Ort, koordiniert die Jugendfreiwilligendienste und stellt Projekte und Wettbewerbe vor. Finanziert wird diese Linie von der Staatskanzlei, redaktionelle Verantwortung trägt die LAGFA Sachsen-Anhalt e. V.

Eine besondere Herausforderung der Infrastrukturförderung stellen die vielen Kleinstädte dar. Als eine Art Mischformen zwischen ländlicher Region mit hoher Identifikation für die kleine Gemeinschaft und großstädtischen Räumen mit einer Breite und Vielfalt an Engagementangeboten ist es hier vor allem schwierig, durch eine gute Vernetzung und Koordination untereinander gemeinnütziges Engagement insgesamt zu stärken. Hier setzt die landes-weite Netzwerkstelle „Engagierte Nachbarschaft“ in Trägerschaft der LAGFA an. Sie berät und vernetzt Engagementstrukturen und Ehrenamtliche vor Ort und fördert Integration und gesellschaftliche Teilhabe mit dem Engagementfonds.

Besonders bemerkenswert ist das Engagement von und in Migrant*innenorganisationen in Sachsen-Anhalt. Der gemeinsame Landesverband LAMSA e. V. ist in Ostdeutschland in dieser etablierten Form eine Ausnahme und zielt unter anderem auf eine stärkere Integration migrantischer Perspektiven im gemeinnützigen Engagement.

Thüringen

Kopf und Kern der Thüringer engagementfördernden Infrastruktur ist die Thüringer Ehren-amtsstiftung (TES) in Erfurt. Sie arbeitet seit 18 Jahren und mit einer regional abgestuften Strategie. Ihre langen Erfahrungen sind somit Vorbild und Anregung für die anderen neue Länder.

Das Vorgehen der Stiftung ist aber auch dem Profil eines Landes angepasst, das zwar zu einem überwiegenden Teil ländlich strukturiert ist, dennoch aber von der Siedlungsweise her deutlich kompakter und verdichteter als das andere Stiftungsland Mecklenburg-Vorpommern. Mit ihrer besonderen Strategie, die unter anderem durch zwölf Freiwilligenagenturen mit verschiedener Anbindung gestützt wird, verankert sie sich in den Regionen, stimuliert diese zu eigenen Aktivitäten in der Förderung und erhält dadurch auch ein basisnahes Bild von der Situation vor Ort. Das geschieht auch durch Ehrenamtsbeauftragte bei den Landkreisen.

Im engeren Sinne des Begriffs Engagementfördernde Infrastruktur spielen Agenturen in der Strategie der TES eine zentrale Rolle, sind aber, aufgrund einer viel zu geringen Finanzierung auch eine Schwachstelle. Deshalb sucht man dringend nach Finanziers. Das Konzept der Freiwilligenagenturen ist zwar ausgereift und öffentlich, kann aber wegen der zu schwachen Finanzen noch zu wenig umgesetzt werden. Ein weiterer großer Mangel ist die fehlende Flächendeckung und der Mangel an Zeit für die strategische Arbeit in den Agenturen.

Dabei wird von der Stiftung ein besonderer Wert auf die Aktivierung der Kommunen gelegt, die selbst ein Teil, ja im Grunde jede zum eigentlichen lokalen Kern einer die Fläche des Landes abdeckenden engagementfördernden Infrastruktur werden sollen, im Sinne einer permanenten politischen Aufmerksamkeit für alle Themen und Zielgruppen des ehrenamtlichen Engagements und in der Folge einer Stärkung und Förderung einer lebendigen Bürgergesellschaft, in der auch politische Spaltungen von vornherein vermieden werden können.

AUSBLICK 2021

In Zusammenarbeit mit dem oben genannten Forschungsverbund unter Federführung von ZiviZ gGmbH, dem Fachbeirat und den Förderern sollen im Jahr 2021, aufbauend auf der im 4. Quartal 2020 erarbeiteten Bestandsaufnahme, folgende weiterführenden Analysen durchgeführt werden:

- a) Durch vertiefende Interviews mit Expertinnen und Experten und eine dokumentenbasierte Policy-Analyse sollen die landesspezifischen Förderbedingungen genauer analysiert werden. So soll ein Überblick erarbeitet werden, welchen Beitrag die ostdeutschen Länder und Kommunen zur Etablierung der Infrastruktur zur Engagementförderung leisten.
- b) Landesspezifische Workshops mit Expertinnen und Experten sollen die aktuellen Bestandsaufnahme vertiefen, die Analysen verdichten und aus unterschiedlichen Perspektiven reflektieren.
- c) Die ermittelten Infrastrukturdaten zur Engagementförderung sollen durch weitere Indikatoren, zum Beispiel Raumabgrenzungsindikatoren des BBSR und Ergebnisse der Clusteranalyse zur Teilhabe in Deutschland (Berlin Instituts für Bevölkerung und Entwicklung aus 2019) erweitert werden.
- d) Auf der Grundlage der Infrastrukturdaten zur Engagementförderung in Ostdeutschland soll eine Konzeption für einen digitale Engagementatlas Ost entwickelt werden, inklusive unterschiedlicher Realisierungsoptionen.
- e) In einem zusammenfassenden Bericht sollen die Ergebnisse aller Studienteile verdichtet zusammengeführt sowie Handlungsempfehlungen zur Engagementförderung in Ostdeutschland abgeleitet werden. Dabei soll unter anderem geklärt werden, wie ein Förderprogramm zur Stärkung der Vor-Ort-Strukturen im strukturschwachen und ländlichen Raum gestaltet werden könnte. Der Bericht soll so gestaltet werden, dass daraus eine Publikation entstehen kann, die für Entscheidungsträger ebenso von Interesse ist, wie für ein breites Publikum.

- f) Die Gesamtstudie soll auf Fachveranstaltungen vorgestellt, diskutiert und publiziert werden. In der Publikation sollen zentrale Ergebnisse und Erkenntnisse sowie Empfehlungen zusammengefasst, dokumentiert und verbreitet werden.

Alle Module der Studie sowie die Diskussion der Ergebnisse, Publikation und Umsetzung der Handlungsempfehlungen werden durch einen Fachbeirat begleitet. Die Projektleitung der Studie in Zusammenarbeit mit dem Forschungsverbund, Fachbeirat und Förderern liegt bei der Stiftung Bürger für Bürger.

Damit wird gemeinsam mit der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt eine wichtige Grundlage für ein Förderprogramm zur Stärkung der Infrastruktur zur Engagementförderung im strukturschwachen und ländlichen Raum erarbeitet.

MITGLIEDER DES FACHBEIRATS ZUR ENGAGEMENTFÖRDERUNG IN OSTDEUTSCHLAND

Bereich Wissenschaft:

Prof. Dr. Wibke Riekmann, Medical School Hamburg
Prof. Roland Roth, Kuratorium Stiftung Bürger für Bürger
Andreas Willisch, Thünen-Institut für Regionalentwicklung

Zivilgesellschaft:


Tobias Kemnitzer, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e. V.
Dr. Lilian Schwalb, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
Anja Treichel, Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland e. V.

Engagementpolitik:

Gundel Berger, Stabsstelle Demokratie- und Engagementförderung Sachsen-Anhalt
Dr. Anna Christmann, MdB, Kuratorium Stiftung Bürger für Bürger

Stiftungen:

Jan Holze, Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt
Brigitte Manke, Thüringer Ehrenamtsstiftung
Dr. Kai Unzicker, Bertelsmann Stiftung, Allianz für Zusammenhalt



ZIVILGESELLSCHAFT
IN ZAHLEN **ZIVIZ**

Pariser Platz 6
10117 Berlin
T 030 322982-513

www.ziviz.de

STIFTUNG
BÜRGER FÜR BÜRGER

Bernburger Straße 4
06108 Halle
T 0345 688 93 757

www.buerger-fuer-buerger.de